

**Wahlaufruf**  
**zur Landtagswahl 1964**  
der Freien Demokratischen Partei  
Landesverband Baden-Württemberg

**„Liberales Programm für eine  
gute gemeinsame Zukunft“**

(Beschlossen auf dem Landesparteitag  
in Stuttgart am 4. Januar 1964)

FREIE  
DEMOKRATISCHE  
PARTEI  
DEMOKRATISCHE  
VOLKSPARTEI



# Wahlauf Ruf zur Landtagswahl 1964

## LIBERALES PROGRAMM FÜR EINE GUTE GEMEINSAME ZUKUNFT

Recht und Freiheit sind stets bedroht. Sie müssen Tag für Tag verteidigt und neu erstritten werden; auch in der Landespolitik.

Eine starke liberale Mitte, repräsentiert durch die Freien Demokraten, ist die unabdingbare Voraussetzung für eine rechtsstaatliche und freiheitliche Politik in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Dafür liefern die Ereignisse, die unser Staatswesen in jüngster Zeit zu erschüttern drohten, den sichtbaren Beweis.

Schon vor hundert Jahren haben sich demokratisch gesinnte Männer und Frauen in Baden und Württemberg in einer liberalen und demokratischen Volkspartei zusammengeschlossen. Die geistigen Grundlagen ihres Wirkens haben sich gerade in den stürmischen Jahren unserer Geschichte bewährt.

Die Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei setzt das Werk ihrer Vorväter in ungebrochener Tradition fort. Ihre Aufgabe heißt:

**Bewährtes erhalten!  
Zukunft gestalten!**

Die Freien Demokraten sind überzeugt, daß sich der Zusammenschluß von Baden und Württemberg bewährt hat. Deshalb fordert die FDP/DVP die Wählerinnen und Wähler auf, sie in ihrem redlichen Bemühen um eine schnelle, demokratische und rechtlich einwandfreie Lösung der Baden-Frage zu unterstützen, damit die Zukunft dieses blühenden Landes gesichert ist.

Baden-Württemberg braucht eine ausgleichende liberale Kraft. Die Freien Demokraten können mit Stolz darauf verweisen, daß sie gerade in diesem Lande zum gegenseitigen Verstehen zwischen allen Bevölkerungsgruppen entscheidend beigetragen haben. Die Politik der Freien Demokraten hat die wirtschaftlichen Grundlagen für die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge geschaffen.

Die Freien Demokraten verkennen jedoch nicht, daß es für die vom Krieg besonders hart getroffenen Bevölke-

rungskreise (Kriegsbeschädigte, Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte) immer noch ungleiche Startbedingungen und soziale Härten gibt. Deshalb fordern sie mit Nachdruck die rasche, vorrangige Beseitigung der Folgen des Krieges und eine dem Anteil der Vertriebenen und Flüchtlinge entsprechende Vertretung in den öffentlichen Gremien.

Vom Staat und seinen Organen erwarten die Freien Demokraten ein vorurteilsloses Verhalten gegenüber allen Bekenntnissen, weil nur die Achtung der religiösen Überzeugung eines jeden Bürgers konfessionellen Frieden sichert.

Im Bereich der Gesetzgebung und der Regierungstätigkeit sind vordringliche Aufgaben einer liberalen Landespolitik:

**Der Ausbau eines fortschrittlichen Erziehungs- und Bildungswesens, das jedermann gerechte und gleiche Chancen gibt; die Erhaltung der stabilen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, die jedermann berufliche Entfaltungsmöglichkeiten sichern;**

II.

### **Bildung - die einzig sichere Grundlage für die Behauptung im Lebenskampf**

Bei ihren Vorschlägen im Bereich des Bildungs- und Erziehungswesens gehen die Freien Demokraten davon aus, daß die Bildung die einzig sichere Grundlage für die erfolgreiche Behauptung im täglichen Lebenskampf ist. Deshalb bedarf es einer grundlegenden Verbesserung des gesamten Schul- und Hochschulwesens.

Die christliche Gemeinschaftsschule ist aus pädagogischen und demokratischen Gründen für das ganze Land Baden-Württemberg als die staatliche Form der Schule anzustreben.

Im einzelnen verlangen die Freien Demokraten:

**Tatkräftige Hilfe des Landes bei der Gründung von Gemeinde-Schulverbän-**

**die Sorge für eine lebendige Selbstverwaltung, weil diese allein die sichere Grundlage einer lebenskräftigen demokratischen Ordnung ist.**

I.

### **Einheitliches Recht - Schutz der Bevölkerung**

Die Vereinheitlichung des Landesrechtes ist vordringlich, damit künftig im ganzen Land die gleichen gesetzlichen Grundlagen gegeben sind. Durch eine bessere Ausstattung der Gerichte muß für eine Beschleunigung der Verfahren gesorgt werden; zum verstärkten Schutz der Bevölkerung vor Verbrechen ist die Ausstattung der Polizei den modernen Erfordernissen laufend anzupassen.

Von der künftigen Landesregierung erwarten die Freien Demokraten auch weiterhin eine tatkräftige Mitwirkung bei der Beratung der Großen Strafrechtsreform und der Strafprozeßordnung im Sinne liberaler Grundauffassungen.

**den, sofern mehrere Gemeinden eine Schule gemeinsam errichten wollen, um vor allem die Oberklassen der Volksschule besser aufgliedern zu können;**

**Sondermaßnahmen sozialer und wirtschaftlicher Art, um auch abgelegene und ländliche Gemeinden für erfahrene Lehrkräfte attraktiver zu machen;**

**schrittweise und systematische Verminderung der Klassenstärken, verbunden mit der Herabsetzung der Pflichtstundenzahl für Schüler und Lehrer;**

**Ausbau der Sonderschulen für körperbehinderte Kinder;**

**Einführung des 9. Schuljahres mit einem Unterrichtsplan, der den Übergang ins Berufsleben erleichtert; dabei soll die Voraussetzung sein, daß zunächst ein ordentlicher Unterricht in den acht Grundschuljahren gewährleistet ist;**

verstärkter Ausbau des Mittelschulwesens, insbesondere auch Förderung von Gemeindeschulverbänden zum Ausbau und Aufbau von Mittelschulen, dabei keine Vernachlässigung bei den Reformen der Höheren Schulen;

Verstärkter Ausbau der Berufs- und Fachschulen aller Art;

Verbesserung der Lehrerbesoldung, um den Nachwuchs an qualifizierten Lehrkräften zu sichern;

eine gesetzlich gesicherte Partnerschaft von Eltern, Lehrern und Gemeinden zur Stärkung der demokratischen Mitverantwortung der Schule anstelle einer staatlichen gelenkten Schulverwaltungspraxis; Ausbau des Zweiten Bildungsweges in

III.

### **Festhalten an der bisherigen Finanzpolitik, Fortsetzung des Mittelstandsprogramms**

Geordnete Staats- und Gemeindefinanzen sind Grundpfeiler der Demokratie. Deshalb fordern die Freien Demokraten:

ein unbedingtes Festhalten an der bisherigen erfolgreichen Finanz- und Haushaltspolitik mit ihrer großzügigen Berücksichtigung kommunaler Bedürfnisse und einer abgewogenen Haltung im Verhältnis zwischen Bund und Land;

das Haushaltsvolumen muß sich auch weiterhin im Rahmen der Steigerung des Sozialproduktes halten.

Die Freien Demokraten haben die Soziale Marktwirtschaft gegen vielfältige Widerstände durchgesetzt. Sie ist die Grundlage der Stabilität und die Voraussetzung der von den Freien Demokraten angestrebten Neubildung selbständiger Existenzen.

Zu den Aufgaben des Landes gehört die weitere nachhaltige Förderung des selbständigen Mittelstandes durch den Staat, damit der gesunde Aufbau der Wirtschaft unseres Landes nicht durch den starken Zug zur Konzentration gefährdet ist. Das Mittelstandsprogramm muß mit gesteigerter Wirksamkeit fortgesetzt werden. Dabei sind folgende Schwerpunkte zu berücksichtigen:

Verbesserung der Kapitalgrundlage der mittelständischen Wirtschaft;

Ausbau des Beratungssystems;

Fortführung der Ausbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen in allen Teilen unseres Landes mit dem Ziel, unternehmerisch begabte Kräfte aus allen Schichten und Berufen zu fördern. Durch beschleunigte Maßnahmen zur Raumordnung auf der Basis einer weitreichenden Landesplanung, die eine langfristige Verkehrsplanung einzube-

allen Landesteilen und damit Verwirklichung der liberalen Forderung nach Gleichheit der Bildungschancen;

systematische ideelle und materielle Förderung der Erwachsenenbildung, damit die Volksschulen ihre gesellschaftspolitischen Aufgaben besser bewältigen können;

rasche und großzügige Fortführung des Programms zum Ausbau und zum Aufbau wissenschaftlicher Hochschulen und Akademien; dabei sind alle sich bietenden Möglichkeiten zur Verwirklichung der Hochschulreform entschlossen wahrzunehmen;

rasche und großzügige Fortführung des Programms für Pädagogische Hochschulen.

ziehen hat, ist die wirtschaftliche Entwicklung der Teile unseres Landes zu fördern, die gegenüber den hochindustrialisierten Ballungsräumen zurückgeblieben sind.

Zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sind fördernde Maßnahmen des Landes zur Nutzung des vielfältigen Energieangebotes (Öl, Raffineriegas, Erdgas neben Kohle) notwendig;

V.

### **Gleichberechtigung der Landwirtschaft durch gerechte Einkommensverhältnisse**

Auf dem Gebiet der Agrarpolitik muß das Land die Maßnahmen des Bundes wirksam ergänzen. Entsprechend der Landesstruktur gehört zu den vordringlichen Aufgaben die Förderung der tierischen Veredelungswirtschaft und der Intensivkulturen (Wein-, Obst- und Gartenbau).

Die Verbesserung des Bildungswesens auf dem Lande ist besonders zu berücksichtigen, weil nur auf der Basis einer bestmöglichen Bildung und Ausbildung wirtschaftliche Hilfen und Strukturverbesserungen eine dauerhafte Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit sichern. Die besonderen Verhältnisse unseres Landes lassen die Förderung der nebenberuflich tätigen Landwirte durch Einrichtung von Sonderlehrgängen in den landwirtschaftlichen Fachschulen (Landwirtschaftsschulen) notwendig erscheinen.

Alle agrarpolitischen Maßnahmen des Landes müssen der sinnvollen Vorbereitung des bäuerlichen Berufsstandes auf dem Wettbewerb in der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft dienen.

sie dienen in unserem revierfernen Land einer Senkung der Produktionskosten.

IV.

### **Modernisierung der Krankenhäuser, Anlage von Erholungsgebieten**

Für das Sozial- und Gesundheitswesen sind der Landespolitik wichtige Gemeinschaftsaufgaben gestellt.

Die Freien Demokraten fordern deshalb:

Die weitere konsequente Modernisierung des Krankenhauswesens; der Ausbau eines Netzes von Unfallkrankenhäusern in regelmäßigen Entfernungen ist dabei besonders zu berücksichtigen;

Entlastung der Krankenhäuser durch Hilfe bei der Errichtung von weiteren Pflegeheimen für langwierig chronisch Erkrankte und gebrechliche alte Menschen; verstärkte Hilfe bei der Errichtung von Altersheimen für alte, alleinstehende Menschen;

finanzielle Unterstützung der Gemeinden und Kreise beim Aufbau und Ausbau von Sportstätten, Schwimm- und Hallenbädern;

weitere Förderung der Anlage von Erholungsgebieten.

Die Freien Demokraten fordern daher: Gleichberechtigung der Landwirtschaft in der modernen Industriegesellschaft durch die Sicherung gerechter Einkommens- und Lohnverhältnisse;

besondere Berücksichtigung der modernen Markterfordernisse in Ausbildung und Beratung im Hinblick auf den Anbau und den Absatz der Produkte;

verstärkte Fortführung der Strukturverbesserungen durch Althofsanierungen und Aussiedlungen;

im Interesse einer besseren Nachbarschaftshilfe und damit Rücksicht auf die Landschaft sollte möglichst in Gruppen ausgesiedelt werden;

Förderung der Veredelungswirtschaft durch Ausbildung und Spezialberatung;

Entlastung der Landfrau als eine vordringliche Aufgabe, die bei den Richtlinien zur Förderung des Umbaus und des Neubaus von Höfen und bei der Förderung des Berufes der Dorfhelferin besonders berücksichtigt werden muß.

Hundert Jahre erfolgreicher Politik in Baden und Württemberg rechtfertigen das Vertrauen in die Freien Demokraten. Deshalb ruft die FDP/DVP Männer und Frauen unseres Landes auf:

**Wählt am 26. April eine kraftvolle liberale Mitte!**

**Sichert mit den Freien Demokraten eine gute gemeinsame Zukunft unseres Landes!**